

Weshalb sind wir so genügsam?

Der Mittelstand steht sich selber im Weg. Sein Stolz, nicht auf die Hilfe des Staats angewiesen zu sein, verhindere eine wirksame Interessenpolitik, sagt der Politologe Michael Hermann.

Interview: Martin Vetterli und Daniel Benz

Beobachter: Alle haben eine Lobby: Bauern, Schwule und sogar die Singvögel. Nur der Mittelschicht fehlt eine. Warum ist das so?

Michael Hermann: Genau definierte Gruppen haben es immer einfacher, sich zu organisieren und konkrete Forderungen für sich aufzustellen. Für die Mittelschicht, die keine gut greifbare Grösse ist und zu der sich fast alle zugehörig fühlen, ist das aber schwierig. Es gibt keine gemeinsame Identität und kein Klassenbewusstsein wie früher bei der Arbeiterklasse.

Die Gruppe, zu der sich alle Parteien bekennen, für die aber keine entsteht?

Die Mittelschicht ist so etwas wie die schweigende Mehrheit. Jede Partei beruft sich auf sie, aber alle verstehen etwas anderes darunter.

Warum?

Wenn man möglichst alle Menschen erreichen will, dann beruft man sich am besten auf die Mittelschicht. Niemand will zur Unterschicht gehören – in der Schweiz

«In der Schweiz mit ihrer Abneigung gegen alles Herausragende versteht sich sogar die Oberschicht als Teil der Mittelschicht.»

mit ihrer Abneigung gegen alles Herausragende versteht sich sogar die Oberschicht als Teil der Mittelschicht. Ironischerweise zielt die Steuerpolitik dann doch vor allem auf die obersten Schichten, um die sich in der Schweiz alle Kantone und Gemeinden reissen und dabei nicht merken, dass es eigentlich ein ruinöser Wettbewerb ist, den sie da betreiben.



«Die grösste Angst ist, dass unser kleines Paradies kaputtgehen könnte»: Michael Hermann

Gibt es die eine Mittelschicht überhaupt?

Nein, die Mittelschicht ist keine homogene Gruppe. Sie umfasst nicht nur einkommensmässig ein sehr breites Spektrum, sondern unterscheidet sich auch stark in ihrem Lebenskonzept. Neben dem klassischen bürgerlichen Mittelstand, an den man normalerweise denkt, gibt es auch eine immer stärker werdende urbane Mittelschicht, die eher linksliberal eingestellt ist.

Seit den siebziger Jahren öffnet sich die Einkommensschere. Vom Aufschwung profitierten Reiche viel stärker als die Mittelschicht.

Warum wurde das nie ein Thema in der Politik?

Weil die Selbstwahrnehmung insbesondere des bürgerlich geprägten Mittelstands immer eine andere war. Dass die Obwaldner Bevölkerung kürzlich die Sonderwohnzonen für Reiche abgeschmettert

hat, zeigt, dass vielleicht irgendwann einmal ein Umdenken einsetzt.

Unsere Umfrage zeigt: Zwei von fünf Mittelschichtsfamilien können inzwischen nichts mehr auf die Seite legen. Ein klares Warnsignal.

Das ist so. Aber die typische Schweizer Familie hat, auch wenn wirtschaftlich nicht auf Rosen gebettet, bürgerliche Werte verinnerlicht. Deshalb spricht sie auch nicht auf mögliche Rezepte von links an, die sie finanziell entlasten könnten. Weil man stark an den eigenen Aufstieg glaubt, vertraut man bürgerlichen Positionen.

Hat der Mittelstand das Credo verinnerlicht, nicht zu fordern, sondern für sich selber zu sorgen?

Genau. Selbst wenn man persönlich an finanzielle Grenzen stösst, ist das so.

Weshalb ist der Mittelstand so genügsam?

Es ist der Stolz, sich selber helfen zu können und nicht auf den Staat angewiesen zu sein, der zum Selbstbewusstsein des traditionell eher ländlich, gewerblich orientierten Mittelstands gehört. Im Gegensatz dazu steht das Konzept der Selbstverwirklichung,

«Jede Partei beruft sich auf die Mittelschicht, aber alle verstehen etwas anderes darunter.»

wie es typisch ist für die urbane Mittelschicht, die sich nicht mehr über den Besitz definiert. Dieser Teil der Mittelschicht kann denn auch wenig anfangen mit dem Ethos des traditionellen Mittelstands.

Die grössten Sorgen der Mittelschicht betreffen auch am Ende dieser heftigen Wirtschaftskrise nicht etwa Arbeitslosigkeit und Krankheit, sondern die Zuwanderung. Warum?

Die Schweiz ist eine Wohlstandsinsel. Trotz Krise geht es uns hier gerade im Vergleich zu anderen Ländern sehr gut. Auch das Risiko, arbeitslos zu werden, ist vor allem für Ausländer und Jugendliche hoch, nicht jedoch für die typische Mittelstandsfamilie. Die grösste Angst ist deshalb, dass unser kleines Paradies kaputtgehen könnte, dass uns das, was wir haben – und dazu gehört auch unsere Identität –, weggenommen wird. Sei es von Ausländern oder von ausländischen Mächten, die uns ans Eingemachte wollen.

Bestimmt dieses Gefühl auch die Einstellung gegenüber dem Staat?

Ganz klar. Der Staat wird als etwas wahrgenommen, das nimmt. Das wenige Geld, das einem bleibt, behält man lieber für sich. Mehr Steuern zahlen und dann hoffen, dass es später etwa in Form von Familienzulagen wieder zurückkommt, dazu fehlt das Vertrauen in die Politik.

Stehen hinter den Sorgen um die Zuwanderung reale oder eher vorgestellte Ängste?

In den neunziger Jahren kam die Schweiz wirtschaftlich kaum vom Fleck. Mit der Personenfreizügigkeit sind wir wieder an die Spitze Europas gestossen und haben die Wirtschaftskrise hervorragend gemeistert. Dass die Zuwanderung hoch geblieben ist, zeigt vor allem, dass eben auch die

Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften hoch geblieben ist. Es schleckt aber keine Geiss weg, dass Zuwanderung auch negative Seiten hat. Mehr Leute brauchen mehr Platz und treiben die Wohnungspreise in die Höhe.

Fast zwei Drittel der Immigranten sind heute Hochqualifizierte. Das spürt man auch in der Schule, wo der Mittelstand das Ausländerproblem am unmittelbarsten erlebt. Es kommen heute immer mehr Kinder von Intellektuellen aus dem Norden und nicht mehr Unterschichtskids vom Balkan.

Das stimmt zwar, aber diese Entwicklung spürt man erst in Städten wie Zürich und Zug. Über kurz oder lang wird sie aber auch in traditionellen Arbeiterregionen einen Wandel bewirken. Und wenn immer mehr Leute kommen, die uns kulturell sehr ähnlich sind, fallen viele Integrationsprobleme weg. Ich persönlich bin überzeugt, dass sich die alte Balkanproblematik deshalb mit der Zeit auflösen wird. Bis dahin wird es aber noch Jahre dauern.

Verändert diese neue Form der Zuwanderung auch das politische Verhalten?

Bei der letzten Abstimmung über die Personenfreizügigkeit war die Zustimmung an der Zürcher Goldküste auffällig niedrig. Da haben offenbar ein paar Gutverdiener den Bammel gekriegt. Gleichzeitig war aber die Zustimmung in der Stadt Zürich, wohin die meisten Deutschen gekommen sind, sehr hoch. Die urbane Mittelschicht sieht in der neuen Zuwanderung offenbar mehr Chancen, obwohl der Druck auf dem Wohnungsmarkt zugenommen hat.

Als einzige grosse Partei bewirtschaftet die SVP die Ausländerfrage. Ist sie zwangsweise die Gewinnerin solcher Zuwanderungsängste?

Wer könnte es sonst sein? Die SVP hat sich hier seit Jahren klar positioniert und ist deshalb glaubwürdiger als die anderen, die nun allenfalls auf den Zug aufspringen.

Legt sie deshalb bei den Wahlen ständig zu?

Ihre Oppositionshaltung in der EU-Frage und in der Ausländerfrage ist ganz zentral für den Aufstieg der SVP. Sie ist die Partei, die für die alte, heile Schweiz einsteht und den anderen Parteien, die in Bern die Hauptverantwortung in der Regierung tragen, die Verantwortung für alle schlechten Entwicklungen in die Schuhe schieben

kann. Tatsächlich sieht unsere Regierung häufig ein bisschen alt aus. Das liegt aber vor allem an der Komplexität der heutigen Probleme. Oder kennen Sie eine Regierung in Europa, die nicht überfordert wirkt?

Sie entwerfen ein pessimistisches Szenario für die anderen Parteien.

Die SVP kann heute die Illusion erwecken, sie wüsste, wie man all das Böse von der Schweiz fernhalten könnte. Wäre sie einmal aber richtig in die Macht eingebunden, sähe man schnell, dass auch sie nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt. Die SVP würde sich so entzaubern. Die Globalisierung lässt sich ja nicht rückgängig machen, die Menschen aus dem Balkan nicht alle zurückschaffen, und die Personenfreizügigkeit ist so zentral für die Wirtschaft, dass es sich die SVP nur als Oppositionskraft leisten kann, dagegen zu sein.

«Weil man stark an den eigenen Aufstieg glaubt, vertraut man bürgerlichen Positionen.»

Nicht nur das Kräfteverhältnis unter den Parteien, auch die Art der politischen Diskussion ist heute eine andere.

Es findet eine Verlagerung hin zur Symbolpolitik statt. Im Maschinenraum der Politik läuft es ja eigentlich ganz gut. Der Bund hat seine Finanzen im Griff, und insgesamt gelingt es uns erstaunlich gut, als offene Gesellschaft mit einer im europäischen Vergleich sehr grossen Zahl von Zuwanderern umzugehen. Symbolfragen wie die Minarettinitiative erhalten in einem solchen Umfeld so etwas wie eine psychohygienische Funktion: Da kann man wieder mal richtig auf den Tisch hauen, kann Gegensteuer geben – ohne viel zu riskieren. Ganz anders bei der Personenfreizügigkeit: Da wurde auch stark kontrovers diskutiert, die Vorlage dann aber klar angenommen. Das ist der Unterschied: Dort war es Symbolpolitik, hier ein Entscheid mit sehr realen ökonomischen Folgen. ■

Michael Hermann, 38, ist Politologin und Leiterin der Forschungsstelle «Sotomo - Gesellschaft, Politik und Raum» der Uni Zürich. Er ist der Erfinder der populär gewordenen Spinnennetzgrafiken, mit denen sich Kandidaten politisch einordnen lassen. Hermann wohnt im Kreis 5 in Zürich.